



Zeitschrift der AG Cuba Si
in der Partei DIE LINKE

Kurswechsel der EU

20 Jahre hat es gedauert! Am 12. Dezember 2016 haben die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, Kubas Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla sowie die Außenminister der Europäischen Union einen Vertrag unterzeichnet, der künftig die Grundlage der Beziehungen zwischen Kuba und der Europäischen Union bilden wird und den „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU aus dem Jahr 1996 ersetzt. Damit wurde auch eine langjährige Forderung der Solidaritätsbewegung erfüllt.

Der „Gemeinsame Standpunkt“ verfolgte das Ziel, in Kuba „einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie“ zu fördern. Die EU hatte ihre Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Land davon abhängig gemacht, „wie die kubanischen Behörden Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie“ nachweisen können.

Der neue Vertrag ist eine Vereinbarung souveräner und gleichberechtigter Partner und könnte tatsächlich einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen der EU und Kuba bedeuten. Beide Vertragspartner weisen darauf hin, dass alle Völker das Recht hätten, über ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System selbst zu entscheiden. Sie verpflichten sich zudem, das System und die Verfassung des Vertragspartners zu respektieren und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen. Festgeschrieben für beide Seiten wurde auch die Respektierung und Verteidigung der Menschenrechte in ihrer Gesamtheit. Wichtige Punkte dieses Vertrages sind u. a. der politische Dialog, Kooperationen und der Handel. Die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten müssen diesem Vertrag nun zustimmen.

Wie ernst es speziell die Bundesrepublik Deutschland mit der Umsetzung des neuen Vertrages meint, muss sie jetzt beweisen. Lange Zeit gehörte Deutschland zu jenen Ländern der EU, die den „Gemeinsamen Standpunkt“ unterstützten und eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba blockierten.

Der neue Vertrag ist ein großer politischer Erfolg Kubas. So wie die USA haben auch die Mitgliedsstaaten der EU begreifen müssen, dass Kuba sich nicht erpressen lässt oder durch ökonomische und politische Drohgebärden und Strafen seinen souveränen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus aufgibt. Aber trotz dieser positiven Entwicklung haben die Gegner des sozialistischen Kubas ihr Ziel eines Regime Change auf der Insel nicht aufgegeben.

Die internationale Solidaritätsbewegung wird deshalb auch künftig alle Kräfte zur Unterstützung des sozialistischen Kubas mobilisieren.



Foto: Yuliat Danay Acosta, Kuba

Ist Fidel gestorben?

¿Ha muerto Fidel?

Wer sagt das?

Wenn er lebt in jeder Erinnerung
und in jedem Sieg unseres Volkes.

Ist Fidel gestorben?

Glaubt dieses Märchen weiter.

Er lebt und wird leben,
nicht in der Geschichte,

in der manche ihn gern lassen würden,
sondern in jedem kubanischen Revolutionär.

Fidel wird leben,

lebt sogar in denen, die jetzt feiern,
gefangen in ihrem Hass.

Armselige!

Der Mensch ist gestorben,
sein Werk bleibt.

¡Hasta siempre Comandante!

Quién lo dice?

Si él vive en cada recuerdo
y en cada victoria de nuestro pueblo.

Fidel ha muerto?

Sigan creyéndose ese cuento

el vive y vivirá,
no en la historia

donde algunos quisieran dejarlo
sino en cada revolucionario cubano.

Fidel, por vivir, vive hasta

en esos que se lanzan al festejo
prisioneros de su odio

pobres ellos.

Ha muerto el hombre,
queda la obra.

¡Hasta siempre Comandante!

José Conde

(Übersetzung: León Conde Breuer, Christin Breuer)

Kuba produziert Laptops und Tablets

Die erste Fabrik zur Montage von Laptops und Tablets ist in Havanna eröffnet worden. Diese Fabrik ist eine Kooperation der kubanischen Firma GEDEMA mit dem chinesischen Unternehmen Haier. Die Komponenten für die Geräte kommen aus China, werden in Havanna montiert und unter der kubanischen Marke GDM vertrieben. Als Betriebssystem wird die kubanische Eigenentwicklung „Nova Linux“ und „Nova Droid“ verwendet. Das Unternehmen wird 2017 50 000 Geräte ausliefern und möchte die Jahresproduktion dann auf 120 000 Geräte ausweiten. Die kubanische Elektroindustrie stellt mit chinesischer Hilfe außerdem LED-Lampen, Induktionskocher, Solarmodule, TV-Geräte und Receiver her.

Quelle: cubaheute.wordpress.com

WiFi am Malecón

Die Uferstraße Malecón in Havanna wird über die gesamte Länge mit WLAN-Punkten ausgestattet. Neben diesen Hotspots für den drahtlosen Internetzugang entstehen gleichzeitig Computerräume in Postämtern und bei der kubanischen Telekommunikationsfirma ETECSA. In Havanna verfügen heute alle Bezirke über mindestens einen WLAN-Hotspot. ETECSA hat außerdem ein Pilotprojekt in der Altstadt von Havanna gestartet: In 2 000 privaten Haushalten wurden Internetanschlüsse eingerichtet. Ausgesucht wurde dieser Stadtteil, weil hier bereits Glasfaserkabel verlegt wurden. Angeboten werden 30-Stunden-Pakete mit unterschiedlichen Übertragungsgeschwindigkeiten. Die Preise liegen zwischen 0,50 und 3,80 CUC pro Stunde. Den regulären Internettarif hatte ETECSA im Dezember 2016 von 2 CUC auf 1,50 CUC pro Stunde gesenkt. Vor wenigen Jahren kostete eine Stunde Internetnutzung noch 6 CUC. Nach Informationen von ETECSA gibt es in Kuba derzeit rund 4 Millionen Mobilfunkverträge.

Quelle: Cubadebate.cu

Wirtschaftspartner in Asien

- **China** ist nach Venezuela Kubas zweitgrößter Handelspartner. Während des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang im Herbst 2016 in Kuba bekräftigten beide Seiten, diese Wirtschaftsbeziehung auszubauen und auf die Ebene der politischen Beziehungen anzuheben. Beide Länder unterzeichneten zwölf Abkommen, so z. B. in den Bereichen erneuerbare Energien, medizinische Forschung, Informationstechnologie, industrielle Entwicklung, Umweltschutz und finanzielle Zusammenarbeit. China hat Kuba zudem einen Schuldenerlass gewährt und zusätzlich vier Kredite eingeräumt. Diese werden u. a. für Modernisierungen im Druckereiwesen und für die Errichtung eines Windparks eingesetzt. Beide Seiten betonten, dass die Beziehungen beider Länder auf den selben politischen Ideen basieren und so die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht von außen gestört werden könne. Für Kuba, das durch die US-Blockade kaum Zugang zu internationalen Finanzquellen hat und auf den internationalen Märkten nicht mit dem US-Dollar agieren kann, bieten die Vereinbarungen mit China im Finanzbereich eine große Sicherheit für die ökonomische Entwicklung des Landes.
- **Vietnam** ist in Asien der zweitgrößte Handelspartner Kubas und der Hauptlieferant von Reis. Im November 2016 besuchte Präsident Tran Dai Quang

Internet muss Zone des Friedens sein

Kuba setzt sich für einen friedlichen und rechtmäßigen Gebrauch der Informations- und Kommunikationstechnik ein. Auf der III. Weltinternetkonferenz im November 2016 in China erklärte der erste Vizeminister des kubanischen Kommunikationsministeriums, Jorge Perdomo, der Einsatz dieser Technologien für subversive und kriminelle Zwecke müsse angeprangert und verhindert werden. Die zunehmende Militarisierung des Cyberspace und der Einsatz dieser Systeme für Angriffe auf andere Staaten wie auch die Verbreitung von Cyberverbrechen und -terrorismus zeigten die Notwendigkeit effektiver Maßnahmen im Rahmen internationaler Kooperationen, um diesen Bedrohungen entgegenzutreten. Das Internet müsse zu einer „Zone des Friedens und der Prosperität“ werden, in der die Prinzipien des internationalen Rechts gelten, insbesondere was die Souveränität, territoriale Integrität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten angehe.

Quelle: Prensa Latina

Karikatur: Martirena



Kuba. Vietnam und Kuba wollen ihre bilateralen Beziehungen in solchen Bereichen intensivieren, „in denen beide Länder Stärken haben und sich gegenseitig helfen können“, z. B. in der Landwirtschaft, im Handel, im Bereich Informatik und Kommunikation, bei den alternativen Energien, in der Veterinärmedizin sowie bei der Landesverteidigung. Beide Seiten hoben während des Treffens die gemeinsamen Standpunkte in vielen außenpolitischen Fragen sowie ihre gegenseitige Unterstützung für eine unabhängige und souveräne Außenpolitik hervor. Vietnam und Kuba wollen außerdem den Austausch von Erfahrungen beim Aufbau ihres sozialistischen Gesellschaftssystems fördern.

- **Japan:** Der japanische Premierminister Shinzo Abe besuchte im Herbst 2016 das sozialistische Land. Japan wird Kuba Schulden in Höhe von 10 Millionen Euro erlassen – bei einer Gesamtverschuldung von 16 Mio. Euro. Des Weiteren möchte Japan Kuba mit einer Summe von 11 Mio. Euro für medizinische Ausrüstungen, insbesondere für die Krebstherapien, unterstützen.
- Auch **Südkorea** zeigt Interesse an Kuba: Anlässlich der Wirtschaftsmesse FIHAV 2016 trat erstmals seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1959 eine südkoreanisch-kubanische Wirtschaftskommission zusammen. Quelle: Prensa Latina

Fünf Anlagen zur Wasserentsalzung

In Kuba werden fünf Anlagen zur Meerwasserentsalzung installiert, weitere sind geplant. Die Vorsitzende des Nationalinstituts für Wasserressourcen, Inés María Chapman, betonte, dass mit diesem Projekt den Auswirkungen von Dürren entgegengewirkt werden soll. Mit dem aufbereiteten Wasser soll der Einsatz moderner Bewässerungsanlagen in der Landwirtschaft gesichert werden. Auch Tourismusgebiete könnten besser versorgt werden. Die Anlagen werden im Gebiet um Santiago de Cuba, auf Inseln an der Nordküste sowie auf der Insel der Jugend errichtet. Kuba unternimmt große Anstrengungen, die Systeme der Wasserversorgung zu modernisieren. 2016 wurde z. B. begonnen, in den Stauseen automatische Systeme zur Messung des Wasserstandes sowie zur Risikovorbeugung von Überschwemmungen zu installieren. Quelle: Granma

Kuba stärkt eigene Erdölförderung

Die Erdölunternehmen Rosneft (Russland) und Melbana (Australien) werden die Ölfelder an Kubas Nordküste ausbauen und ab November 2017 weiter erkunden. Derzeit produziert Kuba täglich rund 45 000 Barrel Öl, das fast vollständig zur Erzeugung elektrischer Energie verwendet wird. Größter Partner der kubanischen Ölindustrie ist derzeit das kanadische Unternehmen Sherritt.

Venezuela kann gegenwärtig nicht die vereinbarten Ölmengen an Kuba liefern. Raúl Castro hatte bereits im Sommer 2016 auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und ein umfangreiches Energiesparprogramm angekündigt. Die Kooperation mit Russland und Australien könnte die Exportminderung Venezuelas lindern und neue Perspektiven für die Ölförderung in Kuba eröffnen. Die benötigten Investitionssummen für neue Offshore-Bohrungen kann Kuba aber nicht allein aufbringen. Kuba möchte des Weiteren seine Raffinerien modernisieren, die Qualität der produzierten Brennstoffe verbessern und die Lagerkapazitäten für Öl erweitern.

Vor der Nordküste Kubas werden seit Jahren große Ölvorkommen vermutet; die bisherige Suche verlief bisher allerdings ohne nennenswerte Erfolge. Die geplanten Erkundungen werden sich auf das Gebiet zwischen Havanna und Santa Cruz del Norte konzentrieren. Quelle: cubaheute.wordpress.com

Neues Labor für virologische Studien

Ein neues Labor für Molekularbiologie nimmt in Santiago de Cuba seine Arbeit auf. Hier sollen Studien im Bereich Virologie erarbeitet und Infektionskrankheiten diagnostiziert werden, wie z. B. Dengue, Gelbfieber, Chikungunya und Zika, die von Moskitos der Gattung Aedes übertragen werden.

Das Labor ist dem Provinzzentrum für Hygiene, Epidemiologie und Mikrobiologie (CPHEM) angegliedert. Dr. Inara Pérez Zayas, die Leiterin der Abteilung Mikrobiologie, erklärte, mit diesem Labor könne man mittels der Analyse der Proben sehr schnell herausfinden, um welchen Typ Virus es sich handle. In der Vergangenheit hätte man diese Proben zum Institut für Tropenmedizin in Havanna schicken müssen. Kuba verfügt mit dem neuen Labor nun über zwei Einrichtungen dieser Art. Quelle: ACN

Kubas Bericht vor der UNO:

US-Blockade – unmoralisch und kriminell

Jedes Jahr im Oktober – vor der Abstimmung über die US-Blockade in der UNO – legt Kuba einen Bericht zu den Folgen der Blockade vor, nennt Beispiele und berechnet die wirtschaftlichen Schäden.



Es ist der längste Wirtschaftskrieg, den je ein Land erleiden musste. Die Blockade der USA gegen das sozialistische Kuba besteht seit über einem halben Jahrhundert. Und sie wird in fast unverminderter Art und Weise von der US-Regierung und ihren Institutionen mit aller Härte durchgesetzt – trotz laufender Verhandlungen zwischen beiden Ländern, trotz wiedereröffneter Botschaften, trotz der Stimmenthaltung der USA in der UN-Abstimmung zur Blockade am 26. Oktober 2016.¹

Kuba beziffert die wirtschaftlichen Schäden der über 50 Jahre währenden Blockade auf 121 Milliarden US-Dollar – durch fehlende Einnahmen für nicht realisierbare Exporte, durch die Konfiszierung von Geld seitens der USA, durch die Verweigerung von Warentransporten und Bankdienstleistungen, die Schließung von Konten auf ausländischen Banken, durch erhöhte Kosten und Risikozuschläge für Importe, die über Vermittler organisiert werden müssen, durch Mehrkosten für längere Transportwege, zusätzliche Einfuhrzölle, längere Lagerung in den Häfen und zusätzliche Versicherungen. Die Blockade bedeutet für Kuba zudem den fehlenden Zugang zu externen Finanzquellen und die stark eingeschränkte Möglichkeit zum Erwerb moderner Technologien. Bis heute – trotz der im März 2016 angekündigten Maßnahmen – konnte kein kubanisches Geldinstitut eine Finanztransaktion in US-Dollar vornehmen. Kuba ist gezwungen, die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen in Euro oder Kanadischen Dollar zu verlangen. Dadurch werden mitunter Zahlungen zurückgehalten, können nicht erfolgen oder haben zusätzliche Umtauschgebühren zur Folge.

Kuba kann – bis auf wenige Ausnahmen – keine direkten Wirtschaftsbeziehungen zu den USA unterhalten oder Investitionen aus diesem Land erhalten. Auch können kubanische Finanzinstitutionen keine Korrespondenzkonten bei US-Banken eröffnen.

Im aktuellen Bericht an die UNO nennt Kuba zahlreiche Fälle, wie die US-Blockade rund um den

Protest gegen die Blockade vor der Botschaft der USA in Berlin am 17. Dezember 2016, dem zweiten Jahrestag der Erklärungen von Raúl Castro und Barack Obama.

Globus angewendet wird. So konnte Kuba für sein Energiesystem kein Zubehör und keine Werkzeuge erwerben – die angefragten US-Unternehmen weigerten sich, die gewünschten Waren zu liefern. Das kubanische Unternehmen Labiofam konnte spezielle Ausgangsstoffe für die Impfstoffproduktion nicht auf dem US-Markt erwerben. Diese sind aber nur dort erhältlich. Das kubanische Sportinstitut IINDER konnte Sportgeräte, z. B. für Baseball und Bogenschießen, nicht aus den USA beziehen, obwohl ihre Nutzung laut den Verordnungen internationaler Verbände obligatorisch ist.

Besonders schwerwiegend sind die Auswirkungen der Blockade auf sensible Bereiche der kubanischen Wirtschaft. So trifft z. B. die Verweigerung des Zugangs zu modernen Technologien und Geräten die wissenschaftlichen Institutionen und das Gesundheitswesen Kubas – und auch die internationalen Lieferanten, die ihre Produkte nicht an Kuba verkaufen dürfen. Auch wenn es Kuba gelänge, auf Umwegen diese Technologien, Geräte oder Software zu erwerben, wäre das Land immer wieder mit Schwierigkeiten bei Lizenzen, Kundendienst- und Garantieleistungen konfrontiert.

Andersherum ist es für Kuba fast² unmöglich, seine Produkte auf dem US-Markt anzubieten. Mehrere US-Unternehmen haben z. B. Interesse für kubanische Biotech-Produkte bekundet und auch schon Verträge abgeschlossen, die Blockade aber verhindert für US-Amerikaner den Zugang zu diesen in Kuba entwickelten Produkten.

Auch gilt für Handelsschiffe, die einen Hafen in Kuba anlaufen, nach wie vor die Blockadebestimmung, dass sie danach 180 Tage in keinen US-Hafen festmachen dürfen.

Die Blockade gegen das sozialistische Land ist aber nicht nur eine bilaterale Angelegenheit zwischen den USA und Kuba. Sie bedroht auch Unternehmen in Drittstaaten mit Strafen, wenn sie mit Kuba geschäftliche Beziehungen unterhalten. Viele Unternehmen scheuen deshalb die Zusammenarbeit mit Kuba oder ziehen sich aus bestehenden Kooperationen zurück.

Das Amt für die Kontrolle von Auslandsvermögen (OFAC) beim US-Finanzministerium forderte z. B. von der französischen Gesellschaft CGG Services S.A. eine Strafe in Höhe von 614 250 US-Dollar. Grund: CGG Services habe Dienstleistungen, Ersatzteile und Ausrüstungen US-amerikanischer Herkunft für die Erkundung von Gas und Erdöl an Schiffe geliefert, die in kubanischen Hoheitsgewässern operierten.

Der französischen Bank Crédit Agricole wurde die Zahlung einer Strafe von 1,117 Milliarden US-Dollar auferlegt wegen der „Verletzung der Regelungen gegen Kuba und andere Länder“.

Das US-Handelsministerium erwirkte eine gerichtliche Vorladung gegen die chinesische Firma Huawei. Sie sollte Informationen über ihren Export US-amerikanischer Technologie nach Kuba und in andere sanktionierte Länder offenlegen.

Die Bank of Bahamas führte eine Überweisung des kubanischen Tourismusunternehmens Havana-tour Bahamas nicht aus, weil es auf der Sanktionsliste des OFAC steht.

Die britische Filiale der Standard Chartered Bank in Uganda forderte die kubanischen Ärzte, die an der Universität von Mbarara arbeiten, auf, ihr Geld binnen drei Tagen abzuheben, da sie als Kubaner nicht länger Konten bei dieser Bank haben dürfen.

Die Supermarktkette ASDA (Walmart) mit Sitz in Großbritannien wurde mit Bezug auf die Blockade aufgefordert, alle kubanischen Produkte aus dem Sortiment zu nehmen.

Das kubanische Zentrum für Gentechnik und Biotechnologie (CIGB) durfte anfallende Gebühren für die Weiterführung kubanischer Patente in Australien und Neuseeland nicht zahlen, weil sich die australischen Banken weigerten, Zahlungen aus Kuba anzunehmen. Mit dieser Weigerung drohte Kuba der Verlust von Patenten.

Kubanische Flugtechniker und Besatzungen der kubanischen Flugzeuge müssen zweimal pro Jahr Schulungen in Flugsimulatoren absolvieren. In einigen Ländern werden Piloten aus Kuba nicht zugelassen, weil die Betreiberfirma der Simulatoren die Tochtergesellschaft eines US-Unternehmens ist.

Diese Auflistung ließe sich fortsetzen (Quelle: Bericht Kubas zur Resolution 70/5 der UN-Generalversammlung, 2016).

Die Vereinten Nationen haben das Recht auf Entwicklung als unveräußerliches Menschenrecht deklariert (Erklärung der UNO vom 4. 12. 1986). Die USA begrenzen für Kuba dieses Menschenrecht. Am 19. Dezember 2016 machte Kuba vor der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf auf dieses Problem aufmerksam: Die Blockade stelle weiterhin das Haupthindernis für die Entwicklung Kubas dar und füge auch anderen Ländern großen Schaden zu.

Die USA müssen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba aufheben – ohne Vorbedingungen und ohne Zugeständnisse Kubas.

Jörg Rückmann

1 Am 26. Oktober 2016 enthielten sich die USA zum ersten Mal bei einer Abstimmung in der UN-Vollversammlung gegen die Kuba-Blockade ihrer eigenen Regierung. Auch Israel enthielt sich, und 191 Staaten verurteilten die US-Blockade.

2 Im Januar 2017 vereinbarten das kubanische Unternehmen Cubaexport und die US-Firma Coabana Trading die Lieferung kubanischer Holzkohle in die USA. Es ist das erste kubanische Produkt, das trotz Blockade in den USA verkauft werden soll.

Trump und sein Gruselkabinett

Welche Richtung in der Außenpolitik wird der neue US-Präsident einschlagen?

„Dieser erbärmliche, ignorante, gefährliche Hin- und wieder-Clown und immerwährende Soziopath wird unser nächster Präsident sein“, äußerte sich der Filmemacher Michael Moore wütend über Donald Trump. Seit dem 20. Januar 2017 ist Trump nun der 45. Präsident der USA.

Wie sich gegenwärtig abzeichnet, könnte Trump vor allem innenpolitisch ein Desaster sein: Ausweisung von Millionen Einwanderern, Einstellung der Gesundheitsfürsorge „Obamacare“; er wird eine Politik für die Reichen – und gegen die arbeitenden Menschen, gegen Schwarze, Latinos, Frauen, gegen die Mittellosen der Gesellschaft – umsetzen.

Äußerungen zur Außenpolitik

Dass er von Außenpolitik nicht allzu viel versteht, hat Trump im Wahlkampf ab und an vermittelt. „So weit Trump überhaupt irgendein außenpolitisches Konzept hat durchblicken lassen“, schrieb der Journalist Jakob Augstein im Oktober 2016, „will er Amerika aus den Händeln der Welt eher heraushalten, es keinesfalls tiefer verwickeln.“

Wie sehen Trumps außenpolitische Ziele, so weit man das zur Zeit beurteilen kann, im Einzelnen aus?

Trump betonte im Wahlkampf, er wünsche sich engere Beziehungen zu Russland. „Es wäre doch toll, wenn wir mit Russland klarkämen, dann könnten wir gemeinsam gegen den IS vorgehen“, sagte er in einer TV-Debatte mit Hillary Clinton. Weniger friedvoll allerdings waren seine Bemerkungen zum bedeutenden Abrüstungsvertrag START. Die Russen „dürfen weiter Sprengköpfe herstellen und wir nicht“, erklärte Trump. Und weiter: „Unser Kernwaffenprogramm ist so was von zurückgefallen, und die Russen haben ihr Programm aufgestockt, das hätten wir nie zulassen dürfen.“ Besonders haarsträubend ist sein am 4. August 2016 laut dem US-TV-Sender MSNBC gesagter Satz: „Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie dann nicht ein?“ Eine gefährliche Mischung aus Naivität, Dummheit und Aggressivität.

Macht Trump seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf wahr, gäbe es bei zentralen außenpolitischen Themen größere Divergenzen mit den europäischen NATO-Partnern und anderen Verbündeten. So forderte er mehr Geld von den Partnern, getreu seinem isolationistischen Wahlspruch „America first“. Trump: „Unser Land kann sich das nicht leisten, Saudi-Arabien zu verteidigen, Japan, Deutschland, Südkorea und jede Menge anderer Länder.“

In einer Einschätzung zu Trumps Wahlsieg schrieb Wolfgang Gehrcke (MdB, DIE LINKE): „Die USA werden unter Trump weniger Rücksicht auf traditionelle Bündnispartner nehmen, sich möglicherweise neue suchen und alte Bündnispartner erpressen.“ Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier geht davon aus, dass die USA demnächst wohl dazu neigen werden, „häufiger allein zu entscheiden, also ohne wichtige NATO-Partner wie die Bundesrepublik“ („ND“, 10.11.2016). Deshalb meinen manche Politiker in Deutschland, dass die Bundesrepublik und die EU nun pragmatisch mit der Situation umgehen und in der Außenpolitik „mehr Verantwortung“ übernehmen müssten. Damit ist auch die Ausweitung von Militäreinsätzen – ohne die USA – gemeint.

„Mit unseren Freunden im Nahen Osten arbeiten wir seit langem zusammen – und wir haben das größte Chaos, das man je gesehen hat“, erklärte Trump in einer TV-Debatte mit Hillary Clinton. Und weiter: „Wir haben sechs Milliarden Dollar im Nahen Osten ausgegeben, mit diesem Geld hätten wir zwei Mal unser Land weiter aufbauen können.“ Aber ist es wahrscheinlich, dass sich die USA künftig weniger im Nahen Osten engagieren werden? Den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ will Trump verstärken – zusammen mit der NATO und möglicherweise auch mit Russland. Und auf jeden Fall will er die US-Streitkräfte massiv aufrüsten.

Das Iran-Abkommen aus dem Jahr 2015 war ein wichtiger diplomatischer Durchbruch. Trump sieht das nicht so: „Der schlimmste Deal, der je ausgehandelt wurde, ist das Abkommen mit Iran“. Laut „New York Times“ vom 25. November 2016 könnten die USA unter Trump den Vertrag unterminieren. Der Iran könnte sein Nuklearprogramm wieder aufstocken, was das Risiko einer militärischen Aktion der USA nach sich zöge.

Trump hat im Wahlkampf das Handelsabkommen TPP für den pazifischen Raum sowie die Freihandelszone NAFTA heftig bekämpft, weil sie dazu beigetragen hätten, Industrie und Arbeitsplätze in den USA zu vernichten. NAFTA sei „der schlechteste Handelsdeal, den das Land je gehabt hat“, so Trump. Und TPP wolle er gleich an seinem ersten Arbeitstag als Präsident rückgängig machen und dann stattdessen bilaterale Handelsabkommen schließen.

Trumps Telefonat mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing-Wen, die ihm zur Wahl gratulierte, hat für Wirbel gesorgt. Es war das erste eines neu gewählten Präsidenten mit Taiwan seit 1979. Kein Wunder, dass sich China darüber beschwert hat. Trump legte noch nach: „Ich verstehe nicht, warum wir an eine ‚Ein-China-Politik‘ gebunden sein müssen, solange wir nicht einen Deal mit China über andere Dinge haben, darunter Handel.“ Die Spannungen der USA mit China könnten zunehmen.

Lateinamerikas Zukunft

Aufsehen erregte Trumps Drohung, an der mexikanischen Grenze eine Mauer zu bauen, um die illegale Einwanderung in die USA zu stoppen. Mexiko solle diese Mauer gleich auch bezahlen! Kurz vor seiner Amtseinführung bekräftigte er diese Forderung.

Die „New York Times“ (19.11.2016) zitierte Barack Obama mit der Vorhersage, dass sich die Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA unter Trump nicht viel ändern werden. Setzt man diese Aussage in Bezug zur Erklärung des Weißen Hauses vom 17. Dezember 2014, in der die USA betonten, ihre „Führungsrolle auf dem gesamtamerikanischen Kontinent“ erneuern zu wollen, klingt Obamas Vorhersage fast wie eine Drohung.

Erste Glückwünsche zu seinem Wahlsieg empfing Trump bezeichnenderweise von den rechtsgerichteten Regierungen in Argentinien, Kolumbien und Paraguay. Schon im Wahlkampf bekundete Trump seine „Solidarität mit dem unterdrückten Volk von Venezuela, als Zeichen seiner Opposition zum mehr und mehr autoritären Regime von Präsident Nicolás Maduro“ („Forbes“, 16.11.2016).

Interessant ist die – sicherlich zugespitzte – Einschätzung des linksgerichteten Präsidenten Ecuadors, Rafael Correa, ein Präsident Trump wäre für Lateinamerika vielleicht gar nicht so schlecht, weil es auch unter einem rechtsgerichteten Präsidenten George W. Bush geschehen konnte, dass Vertreter der Linken in Lateinamerika an die Regierung gelangten und sich gemeinsam gegen die arrogante US-Außenpolitik stellten.

Sorgen bereitet der neue US-Präsident der Regierung in Havanna. Zum Tod Fidel Castros erklärte Trump, Castro wäre ein brutaler Diktator gewesen, der sein Volk jahrzehntlang unterdrückt hätte. Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Miami sagte er: „Alle Konzessionen, die Barack Obama dem Castro-Regime gewährte, wurden durch Präsidentenerlass gemacht, was bedeutet, dass der nächste Präsident sie wieder zurücknehmen kann, und das werde ich tun, es sei denn, das Castro-Regime erfüllt unsere Forderungen.“ Diese Forderungen bezögen sich auf „Unterdrückung, Marktzugang, Religionsfreiheit, politische Gefangene“. Es könnte sein, so die „New York Times“ vom 17. November 2016, dass Trump jene Vereinbarungen zwischen Kuba und den USA, die er passabel findet, beibehält und die restlichen eliminiert. Trump hat mit Mauricio Claver-Carone bereits einen scharfen Kritiker des Annäherungskurses mit Kuba in sein Team aufgenommen. Das Gefangenenlager auf der US-Basis Guantánamo will Trump erhalten.

Doch so ohne weiteres lässt sich ein nunmehr zweijähriger Prozess der Verbesserung der Beziehungen beider Länder nicht zurückdrehen. Im Dezember 2016 wurde in Havanna die mittlerweile fünfte Verhandlungsrunde zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern abgeschlossen. Auch könnte sich Trump in der Kuba-Frage einigem Druck aus der US-Wirtschaft beugen.

Interessant ist die Frage, wie sich die EU bei einem Kurswechsel der USA gegenüber Kuba verhalten wird. Im Dezember 2016 haben die EU und Kuba einen Kooperationsvertrag unterzeichnet und damit den „Gemeinsamen Standpunkt“ von 1996 – die „Blockade light“ – abgeschafft.

Trump ist gefährlich

Trumps Wahlsieg ist ein Triumph der politischen Rechten. Der neue US-Präsident ist ein Vertreter der Konzerne, Banken und Militärs und wird letztlich auch deren Programme umsetzen. Er hat äußerst reaktionäre Männer in seine Regierung geholt – ein wahres Gruselkabinett: Drei-Sterne-General Michael Flynn soll Nationaler Sicherheitsberater werden. Der ehemalige Außenminister Colin Powell bezeichnete diesen Hardliner einmal als „fucking lunatic“ (einen durchgeknallten Irren). Für Flynn war Obama ein „ängstlicher Präsident“: „Wir müssen wieder die Fähigkeit erlangen, unsere Gegner zu zerstören“. Flynn wettete gegen eine „feindliche Allianz“, der er neben dem Iran auch Nordkorea, Kuba und Venezuela zurechnet.

Der pensionierte Vier-Sterne-General James Mattis soll Verteidigungsminister werden. Er gilt politisch als Falke, sein Spitzname ist „Mad Dog“ (tollwütiger Hund). Der 66-jährige führte 2004 im Irak die blutige Schlacht um Falludscha. 2010 bis 2013 war er Oberbefehlshaber des US-Zentralkommandos – zuständig für den Nahen und Mittleren Osten.

Mike Pompeo, überzeugter Anhänger der reaktionären Tea-Party-Bewegung, soll den Auslandsgeheimdienst CIA leiten. Pompeo gilt, wie auch Mattis, als scharfer Gegner des Abkommens mit dem Iran. Er spricht sich für die „grundlegende Aufstockung von Amerikas Überwachungsfähigkeiten“ aus. Das Internet-Magazin „Daily Beast“ erklärte: „Die Tea Party kontrolliert ab jetzt die Drohnen.“

Rex Tillerson, Vorstandschef von ExxonMobil, soll Außenminister werden. Greenpeace erklärte dazu: „Nun wird also ein wirklicher J. R. Ewing Chefdiplomat der USA ... Wir haben seit Jahren gewart, dass Exxon zu nahe an der Regierung ist. Nun ist es die Regierung.“ *Thomas Grossman*

Pastors for Peace 2017



„Was immer Trump auch machen wird, die Pastors-for-Peace-Karawane wird auch weiterhin durch die USA und dann nach Kuba gehen“ – so formulierte Gail Walker auf dem XVII. Europatreffen der Kuba-Solidarität in Stockholm ihren Aufruf zur Teilnahme an dieser Solidaritätskarawane 2017. Gail Walker ist die Direktorin von IFCO/Pastors for Peace (IFCO – Interreligiöse Stiftung für Gemeinde-Organisation, New York City/USA).

Schon seit 1992, der entbehrungsreichen Zeit der „Spezialperiode“ in Kuba, organisiert IFCO Freundschaftskarawanen von den USA nach Kuba. Das Ziel des Projektes damals wie heute: Das Ende der US-Blockade und die Aufhebung der Reisebeschränkungen für US-Bürger.

2017 wird es wegen der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten zwei Aktionen geben: Ende

Gail Walker (Pastors for Peace) und Edgar Göll (Netzwerk Cuba e.V.) bei einer Veranstaltung in Berlin am 14. November 2016.

April werden mehrere Karawanen durch die USA fahren und Veranstaltungen in Schulen und Kirchen sowie für Medien, Politiker und Abgeordnete anbieten. Ende Juli wird eine Karawane die Grenze nach Mexiko überschreiten und dann nach Kuba gehen. In Kuba ist das Ziel die Provinz Guantánamo, um der Forderung nach Rückgabe des besetzten Territoriums der US-Militärbasis Nachdruck zu verleihen.

Diese Aktivitäten, betont Gail Walker, sind jetzt wichtiger denn je. Und sie fordert die internationale Solidaritätsbewegung auf, sich an diesen Aktionen 2017 zu beteiligen.

Edgar Göll

• **Weitere Infos:** www.ifconews.org

Hält die Migrationsvereinbarung?

Am 12. Januar 2017, eine Woche vor dem Amtsantritt von Donald Trump, haben die Regierungen Kubas und der USA bekanntgegeben, dass die unter Präsident Clinton 1995 initiierte „Politik der nassen und trockenen Füße“ mit sofortiger Wirkung von den USA beendet wird. Diese Regelung besagte, dass Kubaner, die ihr Land illegal verlassen und es trockenen Fußes in die Vereinigten Staaten schaffen, Erleichterungen bei Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für die USA erhielten. Diejenigen, die von der US-Küstenwache auf dem Meer aufgegriffen wurden, sollten nach Kuba zurückgeschickt werden. In einer Gemeinsamen Erklärung betonten beide Seiten, dass Kubaner, die ab jetzt illegal versuchen, in die USA einzureisen, oder die sich illegal im Land aufhalten, die Gesetze der USA verletzen und von den USA nach Kuba zurückgeführt werden. In der Erklärung wird auch der Wille ausgedrückt, eine vollständige Normalisierung der Migrationsrichtlinien zwischen beiden Ländern zu erreichen.

Trotz dieses Fortschrittes im Prozess der Verbesserung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA ist der „Cuban Adjustment Act“ von 1966 nach wie vor gültig. Dieses Gesetz gewährt den kubanischen Emigranten generell – im Gegensatz zu Emigranten aus anderen lateinamerikanischen

Ländern – Privilegien in puncto Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis in den USA. Dieses Gesetz kann aber nur vom US-Kongress abgeschafft werden. Durch den „Cuban Adjustment Act“ und die „Politik der nassen und trockenen Füße“ hat Kuba viele Fachkräfte verloren. Die USA haben des Weiteren die Vereinbarung von 1984 über die Ausstellung von jährlich 20 000 Visa für kubanische Ausreisewillige nie vollständig erfüllt und auch auf diese Weise dazu beigetragen, dass Kubaner ihr Land illegal verlassen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Gemeinsamen Erklärung ist die Beendigung des Programms „Cuban Medical Professional Parole“ zur Abwerbung kubanischer Ärzte. Auch dieses Programm war darauf gerichtet, dem sozialistischen Land Fachkräfte zu entziehen – und in den Ländern, in denen diese Ärzte tätig sind, die medizinische Versorgung vor allem armer Bevölkerungsschichten zu schädigen oder zu zerstören.

Wird die im Januar getroffene Übereinkunft zwischen Kuba und den USA halten? Es ist derzeit schwer einzuschätzen, ob der neue US-Präsident die erreichten Vereinbarungen zwischen beiden Ländern beibehalten und die Kuba-Politik Obamas fortführen wird.

Cuba Sí

Informationen über Kuba aus erster Hand

Die deutsche Ausgabe der „Granma internacional“ liegt jetzt bereits fünf Tage nach Redaktionsschluss in Havanna in den Briefkästen der Leser in der Bundesrepublik Deutschland. Der bisherige Vertriebsweg dauerte oft mehr als vier Wochen.

Neben der spanischsprachigen Ausgabe als Tageszeitung in Kuba (Auflage 500 000 Exemplare) erscheint die „Granma internacional“ wöchentlich in Spanisch, Englisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch sowie einmal pro Monat in deutscher Sprache. Diese Originalquelle bietet Informationen über Kuba und Lateinamerika aus erster Hand, liefert Dokumente und Hintergrundberichte. Falschmeldungen und Manipulationen der internationalen Konzernmedien lassen sich so einfacher aufdecken und widerlegen. Natürlich kann man die „Granma“ und die „Granma Internacional“ auch im Netz lesen (www.granma.cu).

Seit Januar 2017 wird die deutsche Ausgabe der „Granma internacional“ in Berlin gedruckt und über den „Verlag 8. Mai“ („junge Welt“) vertrieben. Das Jahresabo (12 Ausgaben) kostet 18 Euro, das Förderabo 33 Euro. Cuba Sí empfiehlt allen Kuba-interessierten ein Abo der „Granma internacional“.

• **Bestellungen:**

www.jungewelt.de/verlag/granma.php

Granma

Internacional

Medien-Tipp

- Volker Hermsdorf: **Raúl Castro – Revolutionär und Staatsmann**. Diese Biografie des kubanischen Präsidenten ist ein unentbehrliches Geschichtsbuch für jeden Kubafreund. Verlag Wiljo Heinen 2016, 349 Seiten, 16€, ISBN 978-3-95514-029-8
- Die kubanische Filmemacherin Lizette Vila blickt aus kubanischer Sicht mit einem kurzen Dokumentarfilm auf 25 Jahre Cuba Sí zurück. Zu Wort kommen die Menschen in den Projektregionen und die Arbeiter/-innen in den von Cuba Sí unterstützten Betrieben. Doku: **„25 Jahre Cuba Sí“**, 23 Minuten (OmU), im Internet: <https://goo.gl/gkRzNY>
- Burt Glinn hat 1959 als junger Fotograf die ersten Tage nach dem Sieg der Revolution in Havanna miterlebt. In einem Bildband wurden diese Fotos zu einem interessanten fotografischen Zeiteugenis zusammengestellt: **„Kuba 1959“**. Midas Collection 2016, 191 Seiten, 59€, ISBN 978-3-907100-59-2
- „Nein zu Homophobie, ja zum Sozialismus!“ Mariela Castro organisiert einzigartige Medizinreisen nach Kuba: Einmal pro Jahr kommen Ärzte aus den Niederlanden und Belgien nach Havanna, um dort geschlechtsangleichende Operationen kostenfrei durchzuführen. Der aus dem Blickwinkel der LGBT-Community erzählte Film **„Transit Havanna“** ist Ende 2016 in die Kinos gekommen.

Die Kuba-Therapie und der Fatalismus der westlichen Medizin



„Meine hiesige Augenärztin konnte es gar nicht glauben, als sie meinen jetzt gut durchbluteten und vital aussehenden Sehnerv betrachtete“, schrieb unser Autor Urs K. nach seinem Klinikaufenthalt in Havanna in einer Mail an Cuba Sí. Er leidet an der Augenkrankheit Retinitis pigmentosa und hat sich mit der „Kuba-Therapie“ behandeln lassen. Hier sein Bericht:

Retinitis pigmentosa (RP) ist eine vererbare Augenkrankheit mit Symptomen wie Nachtblindheit und Tunnelblick, die sukzessive zur Erblindung führen kann und für die es keine Therapie gibt – außer in Kuba: In Havanna gibt es eine spezielle Klinik für diese Augenkrankheit, das Centro Internacional de Retinosis Pigmentaria „Camilo Cienfuegos“ (CIRP). Hier können sich Patienten aus aller Welt behandeln lassen. Für die kubanische Bevölkerung gibt es in jeder Provinz des Landes ein medizinisches Zentrum für die Behandlung von RP-Patienten.

Trotz jahrzehntelanger weltweiter Forschung kennt man bis heute die Ursache von RP und die genauen Vorgänge bei dieser chronischen Krankheit nicht. Folglich besteht eine Chance auf Heilung derzeit nicht. Mediziner in der Bundesrepublik vertrösten die Patienten entweder auf die Stammzellenforschung – also auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – oder setzen auf zweifelhafte „Prothesen“; genauer gesagt auf Chips, die als Ersatz für die Netzhaut ins Auge implantiert werden. Aber dieser Ansatz, der vom Staat mit Millionenbeträgen für private Hightech-Unternehmen subventioniert wird, ist längst nicht ausgereift; Tests mit Patienten erinnern in schauerlicher Weise an Tierversuche. Ob diese Implantate überhaupt hilfreich sind, darf bezweifelt werden, zumal sie erst bei vollständiger Erblindung eingesetzt werden, weshalb Patienten von Wissenschaftlern auch schon mal zu hören bekommen: „Wenn Sie erst einmal blind sind, können wir Ihnen vielleicht helfen.“ Ansonsten wird RP von Wissenschaft, Politik und Krankenkassen in der Bundesrepublik als „schicksalhaft“ und unheilbar eingestuft. Die Ärzte tun für RP-Patienten buchstäblich nichts.

Die kubanischen Ärzte Alberto J. Barrientos Castaño und Maritza S. Herrera Mora operieren und behandeln in Havanna Patienten aus aller Welt erfolgreich gegen Erblindung. „Kann nicht sein!“, meint die westliche Medizin.

Dieser zynische Fatalismus ist jedoch nicht zwangsläufig. Der kubanische Professor Orfilio Peláez Molina entdeckte bereits in den 80er Jahren, dass RP mit einer Beeinträchtigung der Blutversorgung des Auges einhergeht. Er und sein Team entwickelten, unterstützt von der kubanischen Regierung und von Fidel Castro persönlich, einen multitherapeutischen Ansatz, um die Blutgefäße rund um das Auge zu schützen, zu verbessern und zu stimulieren. Zu diesem Zweck wird dem Patienten gut durchblutetes Gewebe an die Netzhaut transplantiert, dazu kommen alternative Behandlungsmethoden wie Ozon- und Magnettherapie, Akupunktur sowie eine Ernährungs- und Verhaltensberatung. Mit der „Kuba-Therapie“ lässt sich zwar die Ursache von RP nicht beheben, man kann aber den Verlauf aufhalten – einzigartig auf der ganzen Welt.

Das CIRP im Stadtteil Vedado wurde 1992 auf eine Idee von Fidel Castro hin gegründet. Hier ist der Patient weder Organ noch Kunde – er ist Mensch, hier herrscht nicht Banco, sondern Hippokrates. Obwohl eine reine Augenklinik, arbeiten hier auch Kardiologen und Internisten, zudem Kinder-, Zahn-, HNO- und Frauenärzte, denn der Patient wird als Ganzes betrachtet.

Die Beschäftigten, ob Professor, Ärztin, Schwester, Raumpfleger- oder Küchenpersonal, sind unfassbar freundlich, ausnehmend engagiert und sehr kompetent. Sie arbeiten hervorragend zusammen und nehmen sich Zeit. Ihre Kultur ist von einer ungewohnten Ernsthaftigkeit bei der Arbeit bestimmt und von einer ansteckenden Heiterkeit im (egalitären) Umgang miteinander und mit den Patienten. Arbeitsetze und Zeitdruck sind Fremdwörter. Das Prinzip der offenen Diskussion zur Klärung von Problemen ist, auch Vorgesetzten gegenüber, bestimmend. Hierarchien leiten sich aus Kompetenz und Verantwortung ab. Denn die Probleme der Patienten

sind dazu da, gelöst zu werden, und wenn es noch so lange dauert. Stets wird dabei auch die psychische Verfassung des Patienten beachtet. „Machen Sie sich keine Sorgen, wir bekommen das hin“, hört, mit einem strahlenden Lächeln verbunden, der verunsicherte Patient oft – und das ist alles andere als eine Phrase. Der Patient, der nur die vor allem auf Gewinn getrimmte Gesundheitsversorgung kennt, ist voller Begeisterung.

Die übergroße Mehrzahl der Patienten im CIRP kann nach der Therapie feststellen, dass die Krankheit aufgehoben worden ist – nach westlicher Vorstellung völlig unmöglich. Bei manchen Patienten sind sogar Verbesserungen auszumachen, wie es der Verfasser bei einer Mitpatientin und an sich selbst erleben konnte, obwohl dies gar nicht das Ziel der Therapie ist. Bei einem kleinen Teil der Patienten ergeben sich keine Veränderungen, und nur sehr wenige berichten von Verschlechterungen.

Von den schätzungsweise 40 000 RP-Patienten in der Bundesrepublik Deutschland waren bislang erst wenige Hundert zur Behandlung im CIRP. Warum? Die Kuba-Therapie wird in Deutschland abgelehnt. Zu „einfach“ ist sie, als dass die Pharma- und Geräteindustrie damit Gewinn machen könnte. Sie müssen sogar befürchten, das kubanische Beispiel könnte Schule machen – eine Therapie, die frei von Nebenwirkungen und unaufwendig ist, dem ganzen Menschen guttut und dazu noch kostengünstig ist. Also versuchen drittmittelerebene Wissenschaftler und renommierte Berufsverbände, die Kuba-Therapie mit einem Mantel des Schweigens zu umhüllen. Und es wird behauptet, dass diese Therapie eher schade als nütze. Wer als Patient dennoch insistiert, dem wird dann schon mal mitgeteilt, die Kubaner betrieben „Voodoo“ und diese Therapie sei „Scharlatanerie“.

RP ist aber weder „schicksalhaft“ noch ist die Kuba-Therapie Scharlatanerie: Die Ärzte in Havanna berichten stolz, dass kein Kubaner mehr durch RP erblindet. Betroffene erhalten zudem – anders als in der reichen BRD – spezifische Unterstützung bei der Suche nach Arbeit sowie am Arbeitsplatz, in sozialer und kultureller Hinsicht, ebenso wie die Angehörigen. Die Therapie ist für Kubaner kostenfrei, Ausländer zahlen für den dreiwöchigen Aufenthalt in der Klinik mit allem drum und dran gut 7 000 US-Dollar. Die Einnahmen des CIRP kommen dem kubanischen Gesundheitswesen zugute. Dieses Geld wird für die medizinische Forschung verwendet und hilft, die kostenfreie medizinische Versorgung der kubanischen Bevölkerung sicherzustellen.

In der Bundesrepublik gibt es eine Organisation, die offen für die Kuba-Therapie auftritt: der knapp 40 Mitglieder zählende Verein „Hilfe bei Tunnelblick“ mit seinem unermüdlichen wie geradlinigen Vorsitzenden Klaus Fettig aus Bitterfeld-Wolfen, der den Verein im Jahr 2003 gegründet hat und auch aktives Mitglied der LINKEN und ihrer AG Cuba Sí ist. Der Verein, nominell ein David, aber ein Goliath durch sein aufklärerisches Wirken, hilft RP-Patienten und verbreitet Informationen zur Kuba-Therapie. Politisches Ziel ist die offizielle Anerkennung dieser Therapie in der BRD, damit sie für hiesige Patienten finanziert wird und eines Tages auch in den hiesigen Augenkliniken angeboten werden kann. Urs K.

● **Informationen** über die Kuba-Therapie erhält man beim Verein „Hilfe bei Tunnelblick“: www.verein-tunnelblick.de.vu. Das CIRP informiert Interessenten (in deutscher Sprache) unter www.retinosispigmentaria.cu/de. Informationen rund um den Gesundheitstourismus nach Kuba findet Ihr unter www.erka-med.de.

Fake News gegen Kuba

„Post-truth“ („postfaktisch“) ist das internationale Wort des Jahres 2016. Die Sprachforscher definieren dies als Beschreibung von „Umständen, in denen objektive Fakten weniger Einfluss auf die Bildung der öffentlichen Meinung haben als Bezüge zu Gefühlen und persönlichem Glauben“. Westliche Politiker und Medien gaben sich ratlos, empört und entsetzt angesichts eines Phänomens, das so neu allerdings nicht ist.

Gefälschte Nachrichten dienten in der Geschichte häufig der Durchsetzung von Politik und sogar zur Vorbereitung oder Rechtfertigung imperialistischer Aggressionen. Auch die Kubaner kennen die Propagandalügen unterschiedlicher Gegner aus dem Jahrhunderte währenden Kampf für die Unabhängigkeit ihres Landes. Nationalheld José Martí beschwerte sich 1889 beim Direktor der „Evening Post“ über einen „Angriff“ auf das kubanische Volk, in dem dessen „Fähigkeiten ignoriert, seine Rechtfähigkeit beleidigt und sein Charakter verachtet“ wird. Auf den Rat der US-Zeitung, sich an den USA zu orientieren, erwiderte Martí: „Es ist wahrscheinlich, dass kein Kubaner, der auch nur einen Funken Ehrgefühl besitzt, sein Land vereint sehen möchte mit einem anderen, wo diejenigen, die die öffentliche Meinung bestimmen, Vorurteile über es verbreiten, die nur einer ... verworrenen Unwissenheit nachgesehen werden können“. Zwei Jahre nach Martí's Tod wies US-Zeitungs- und Kriegsbefürworter William R. Hearst einen Reporter, der 1897 aus Havanna keine Berichte und Fotos über eine dortige Kriegsbegeisterung nach Washington schickte, an: „Liefere Sie die Bilder, ich liefere den Krieg.“

Die Methode wurde inzwischen verfeinert, ist aber im Kern gleich geblieben. Zur Verbreitung ihrer „Sicht der Dinge“ richtete die US-Regierung 1985 den nach Kuba ausstrahlenden Rundfunksender „Radio Martí“ ein, der 1990 um den Fernsehkanal „TV Martí“ und später um das Online-Portal „Martí Noticias“ erweitert wurde. Diese Propaganda-Instrumente, deren Auftrag die Destabilisierung des kubanischen Systems ist, erhalten derzeit pro Jahr 30 Mio. Dollar aus dem US-Haushalt. Das ist mehr, als allen staatlichen Medien in Kuba insgesamt zur Verfügung steht. Daneben finanzieren US-Regierung und Geheimdienste zahlreiche weitere Plattformen, auch in Europa und Kuba. Zu den bekanntesten gehört das in Madrid von rechten Exilkubanern publizierte Portal „Diario de Cuba“, das unter anderem vom US-Dienst NED aufgebaut und finanziert wurde. Die NED ist eine am Tropf des US-Außenministeriums hängende Koordinierungs- und Geldverteilstelle für vorgebliche NGOs, die weltweit gegen unliebsame Regierungen mobilisieren.

In Kuba baute die aus dem Ausland äußerst großzügig alimentierte Systemgegnerin Yoani Sánchez die aufwendig produzierte „Online-Zeitung“ „14 y medio“ auf, die vor allem ausländischen Medien als „Quelle“ für „kritische Kuba-Berichte“ dienen soll. Dass die solchen Produkten zuarbeitenden „Journalisten“ in Europa nicht einmal einen Presseausweis erhalten würden, interessiert die hiesigen Verbreiter von deren Fake News nicht.

Über den Weg des Geldes äußerte sich ein Gründer der ebenfalls mit NED-Geldern aufgebauten Organisation „Reporter ohne Grenzen“, der mittlerweile bei der neofaschistischen französischen Front

National gelandete ehemalige Generalsekretär Robert Ménard, recht freimütig: „Wir geben 50 Dollar monatlich an ungefähr 20 Journalisten, ... damit sie im Land bleiben, denn jedes Mal, wenn wir sie treffen, wollen sie als erstes, dass wir ihnen helfen, Kuba zu verlassen – wegen der wirtschaftlichen Probleme.“ Auch Wikileaks-Dokumente und Aussagen ehemaliger Mitarbeiter von US-Regierungsstellen und Geheimdiensten bestätigten Auftrag und Finanzierung der „unabhängigen Journalisten“ in Kuba.

Das hat die Glaubwürdigkeit derartiger „Quellen“ erschüttert, doch die Gegner des kubanischen Systems in Regierungen, Parteistiftungen und mächtigen Medienkonzernen sind erfinderisch. Pausenlos präsentieren sie neue „unabhängige Journalisten“ und bezeichnen in Kuba von ihnen selbst herausgegebene Medien dreist als „unabhängig“, obwohl deren Finanzierung aus dem Ausland nachvollziehbar ist. Diese „neuen“ Medien locken mit Honoraren, die keine kubanische Zeitung, kein Rundfunk- oder Fernsehsender zahlen kann. Zudem vermitteln



Karikatur: ADAN, Kuba

sie ihren Autoren Auslandsreisen, Seminare und gut bezahlte Aufträge ausländischer Medien.

Eines dieser Produkte heißt „El Toque Cuba“ und ist ein auf den ersten Blick unpolitisches Hochglanz-Magazin. „El Toque“ erscheint seit April 2016 und wird auf der Insel als gedruckte Ausgabe sowie online verbreitet. Artikel zur kubanischen Geschichte, zur Revolution sowie über Unabhängigkeitskämpfer und Guerilleros scheinen tabu. Dafür erschien gleich in der ersten Ausgabe eine ganzseitige Illustration, die Barack Obama mit Siegeszeichen zeigt. Text dazu: „Obama, der Kumpel!“ Chefredakteur ist der Holländer Pablo Eppelin, herausgegeben wird sie von „RNW Media“ (früher Radio Netherlands Worldwide). „RNW Media“ bezeichnet sich selbst als „Organisation für soziale Veränderungen“, untersteht dem niederländischen Außenministerium und verfügte 2014 über ein Budget von 17 Mio. Euro. Der regierungnahe Auslandssender betreibt zudem ein Trainingszentrum, das 2016 vom holländischen Staat 37 Mio. Euro für die Ausbildung „unabhängiger Journalisten“ – auch aus Kuba – erhielt.

RNW-Repräsentant in den USA ist ein gewisser Bruce Sherman, der bis Februar 2016 Direktor des staatlichen „Office of Cuba Broadcasting“ (OCB) in Miami, das ist die US-Aufsichtsbehörde von „Radio und TV Martí“, war. „El Toque“ ist somit eine vom holländischen Staat finanzierte Zeitschrift mit Verbindungen zum OCB, der für die Destabilisierung Kubas zuständigen Propagandabehörde der US-Regierung. Trotzdem täuscht z. B. die „taz“ ihre

Leser mit der falschen Behauptung, es handle sich um eine „unabhängige Zeitschrift“.

Ein weiteres Beispiel ist „OnCuba“, laut „taz“ ebenfalls ein „unabhängiges Medium“. Tatsächlich ist „OnCuba“ ein buntes Magazin, das auf Flügen von den USA nach Kuba ausliegt und von „Fuego Enterprises“ mit Sitz in Miami herausgegeben wird. „Unabhängig“ ist es jedoch nicht. Hinter „OnCuba“ stecken vor allem kommerzielle Interessen, weshalb es auch nicht zu den Hardlinern der subversiven ausländischen Anti-Kuba-Medien gehört. Herausgeber Hugo Cancio, ein US-Bürger kubanischer Abstammung, setzt sich sogar für die Beendigung der US-Blockade ein. Auch dieses Produkt heuert Autoren auf der Insel zu Konditionen an, die bei den Lebenshaltungskosten in Kuba reizvoll sind, nach den Maßstäben des Erscheinungsortes Miami jedoch an Ausbeutung und Betrug grenzen.

Eine andere Kategorie der als „unabhängig“ präsentierten Medien ist die der Blogger, die sich in Plattformen wie „Periodismo del Barrio“ oder

„El Estornudo“ zu Wort melden. In Kuba gibt es hunderte tatsächlich unabhängige Blogs und Blogger. Die Genannten geben jedoch selbst zu, von ausländischen „NGOs“ finanziert zu werden, deren Verbindungen zu Regierungen, Parteien und Diensten oft kein Geheimnis sind. Auch diese „Blogs“, die eher Plattformen zur Verbreitung von Meinungen und Fake News sind, können ihren Autoren dank ausländischer Geldgeber attraktive Honorare anbieten. Da ihre Verbreitung und Wirkung in Kuba sehr begrenzt ist, dienen sie in erster Linie solchen westlichen Medien als „Quelle“, die Fake News über Kuba produzieren und verbreiten. Da sie ihre wahren Ziele nicht offenlegen, fallen in Kuba auch immer wieder Autoren darauf herein, die lediglich die Chance zu publizieren, das Geld oder beides lockt. Journalisten im Westen wissen, dass die „Schere im Kopf“ genau so eingepflanzt wird. Obwohl keiner dieser Autoren wirklich „unabhängig“ ist, wird genau das immer wieder behauptet.

In einem Kommentar über die Möglichkeiten, Fake News zu erkennen, forderte die Chefredakteurin des WDR, Sonia Mikich, ihre Kollegen im Dezember vergangenen Jahres zu mehr Faktenchecks auf. „Zwischen der Behauptung, der Mond ist aus Käse und den gesammelten Erkenntnissen der Astrophysik gibt es keine Ausgewogenheit“, schrieb sie. Das war zwar nicht auf deren Berichterstattung über Kuba bezogen, aber Recht hat Sonia Mikich mit ihrer Feststellung – auch in Bezug auf Kuba-Berichte – trotzdem. *Volker Hermsdorf*

Ein Gedanken austausch über unsere nachhaltigen Milchprojekte

Cuba Sí beriet mit seinen kubanischen Partnern über Erreichtes und über neue Ziele in den Milchprojekten.

Anlässlich des 25. Jubiläums von Cuba Sí fand am 25. und 26. Oktober 2016 in Berlin ein Workshop mit unseren kubanischen Partnern statt über den Entwicklungsstand unserer Milchprojekte, über bisher Erreichtes, über Fragen der Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich sowie über Hindernisse und deren Ursachen. Teil der zweitägigen Beratungen waren auch die Zielsetzungen für unsere Folgeprojekte, die in den kommenden zwei Jahren beginnen sollen.

Aus Kuba begrüßten wir eine fünfköpfige Delegation, angeführt von Maritza Ramírez vom kubanischen Landwirtschaftsministerium. Unsere Partnerorganisation ACPA war vertreten durch ihren Vizepräsidenten Robier Hernández sowie durch leitende Mitarbeiter unserer vier Landwirtschaftsprojekte.

Maritza Ramírez betonte, dass die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium dazu beitrage, unsere künftigen Projektziele mit den Entwicklungszielen der kubanischen Landwirtschaft und Viehzucht abzugleichen. Dies sei wichtig, um gezielt zur Ernährungssicherheit in Kuba beizutragen. Die landwirtschaftliche Produktion in Kuba, so Maritza, reiche noch nicht aus, damit sich das Land eigenständig ernähren könne. Dennoch sei 2016 das beste Jahr für die Landwirtschaft seit 1990 gewesen: Die Milchproduktion lag mit 60 000 Litern über dem Plan – und deckt doch nur 33 Prozent des Bedarfs. Ebenso die Rindfleischproduktion, sie liegt mit 128 000 Tonnen über dem Plan, deckt aber nur 27 Prozent der Nachfrage. Ermutigend seien die gestiegenen Ergebnisse in der Schweine- und Geflügelproduktion sowie in der Schaf- und Ziegenzucht.

Maritza räumte ein, dass es in einigen Fällen billiger sei, Lebensmittel zu importieren. Ziel des Staates sei es jedoch, wieder vermehrt in die eigenen Produktionskapazitäten zu investieren.

Sie betonte, dass die Projekte von Cuba Sí Pilotcharakter hätten und eine strategische Investition seien. Deshalb beteilige sich die kubanische Seite auch an der Umsetzung dieser Projekte. Die Auswahl der Betriebe für künftige Cuba Sí-Projekte soll beitragen, die Entwicklungsziele der kubanischen Viehzucht zu erreichen: die Sicherung der Futtergrundlage, die Bewässerung, die Bewahrung der genetischen Vielfalt und der Tiergesundheit sowie das Schließen zootechnischer-produktiver Kreisläufe für ökonomische Nachhaltigkeit auch nach Ende der fünfjährigen Förderung.

Ein Wunsch von ACPA und Cuba Sí ist, die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Institutionen in der Bundesrepublik auszubauen. Vorteile böte eine solche Kooperation beiden Seiten: So könnten z. B. die Themen tropische Landwirtschaft und Viehzucht, Ökologie und Anpassung an den Klimawandel interessant für deutsche Partner sein; für die kubanische Seite würden die erzielten Forschungsergebnisse den Milchprojekten, aber auch der kubanischen Landwirtschaft insgesamt dienen. Im ersten Projekt von Cuba Sí in Valle del Perú (heute Provinz Mayabeque) gab es über viele Jahre eine wissenschaft-

liche Begleitung durch die Humboldt-Universität. Dabei wurden Forschungsergebnisse über weidebasierte Tierzucht, Forst-Weidesysteme und Biogaseinsatz gewonnen und in Diplomarbeiten und Dissertationen verarbeitet. Die wissenschaftliche Begleitung durch kubanische Institutionen ist seither Bestandteil unserer Projektarbeit. Die begünstigten landwirtschaftlichen Betriebe und ACPA arbeiten Hand in Hand mit kubanischen Forschungseinrich-



Maritza Ramírez vom kubanischen Landwirtschaftsministerium während eines Vortrages bei Cuba Sí im Oktober 2016.

tungen und Universitäten, z. B. mit dem Institut für Tierzucht ICA, dem Institut für Weide- und Futterwirtschaft IIPF, dem Institut für Forstwirtschaft und der Forschungsgruppe für Tierzucht im Agrarministerium und anderen. Das durch Cuba Sí unterstützte Zuchtgut Managuaco (Provinz Sancti Spiritus) ist z. B. ein Forschungsstandort der Agrarfakultät der dortigen Universität. Auch Pinar del Río und Guantánamo unterhalten Beziehungen zu Universitäten. Daran wollen wir in Zukunft verstärkt anknüpfen.

Verabredet wurde insgesamt auch eine stärkere Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren gemäß der Konzepte Kubas für die ländliche Entwicklung.

Der Leiter unseres Projektes in Pinar del Río, José Trujillo, berichtete, dass in den vergangenen Jahren die Milchleistung je Kuh und Tag von drei Litern auf sieben Liter gesteigert werden konnte. Heute erbringen die UEBS „Baro“ und „Loma de Candelaria“ sowie der Milchviehbetrieb „Camilo Cienfuegos“, die von Cuba Sí unterstützt werden, 50 Prozent der Milchproduktion in der Provinz Pinar del Río. Im Projektzeitraum wurden elektrische Wasserpumpen, Fenster und Türen, Ausrüstung für Weiterbildungskabinette und achtzig Rollen Maschendraht angeschafft. Eingeplant sind der Kauf von drei Melk-

anlagen, zwei Bewässerungsanlagen, fünf LKWs, Motorrädern und Ersatzteilen.

Robier Hernández, Vizepräsident von ACPA Nacional und Leiter unseres Milchprojektes in Mayabeque, berichtete, dass dank des Bulldozers, den Cuba Sí 2011 an das Projekt übergeben hatte, inzwischen 400 Hektar zusätzliche landwirtschaftliche Nutzfläche gewonnen werden konnte und alle Ziele bei der Einzäunung dieser Flächen erreicht wurden. Ziel für das Folgeprojekt sei es, den zootechnischen Zyklus in drei Milchhöfen in der Granja Mina Blanca im Viehzuchtbetrieb Valle del Perú zu schließen. Die gewonnenen Erfahrungen bei der Milchproduktion unter tropischen Bedingungen, so Robier, seien wichtig für die gesamte kubanische Viehzucht, um in diesem wichtigen Sektor eine nachhaltige Produktion zu sichern. Für Cuba Sí schließt sich mit dem Folgeprojekt ein Kreis, denn in Valle del Perú begann 1993 unser Pilotprojekt in Kuba. Die Bedingungen sind günstig dank der gewonnenen Erkenntnisse: Durch die Zusammenarbeit in früheren Jahren ist die Einzäunung der Weideflächen bereits erfolgt, das Weiderotationsprinzip etabliert und die Technik der Weidehaltung erprobt. Die Biogasanlagen funktionieren, es gibt keinen Befall mit Dornensträuchern (Aroma und Marabú). Auf dieser Basis können die neuen Erkenntnisse der kubanischen Agrarforschung in der Praxis erprobt werden.

Norge Yero, Direktor des Zuchtbetriebes Managuaco in der Provinz Sancti Spiritus, berichtete, dass durch die Beseitigung der Dornensträucher 240 neue Weideabschnitte hinzugewonnen wurden. Proteinbänke mit den eiweißreichen Futterpflanzen Moringa, Morera und Titania wurden angelegt. Die verbesserte Futtergrundlage und Wassergabe führten zu einer schnelleren Gewichtszunahme der Rinder und ihrer schnelleren Eingliederung in den Produktionsprozess. Auch wurde das Alter der ersten Kalbung gesenkt. Die Milchproduktion stieg von 4,2 Liter auf 7,4 Liter pro Kuh und Tag. Damit wurde das Ziel des Schließens des Produktionszyklus der weiblichen Tiere erreicht. Ziel für das Folgeprojekt ist es, auch den Produktionszyklus der männlichen Tiere zu schließen. Eine Aufzuchtstation für Jungstiere wurde bereits gebaut. Einrichtungen für die Mast, Schlachtung, die Weiterverarbeitung und Vermarktung des Rindfleisches sind geplant, so wird z. B. im Folgeprojekt eine Metzgerei entstehen.

Octavio Ordoñez, der Leiter des Agrarbetriebes Yateras in der Provinz Guantánamo, gab eine überwiegend positive Einschätzung der zwölf durch das Projekt begünstigten Produktionsstätten. Die östlichste Provinz Kubas leidet besonders unter dem Klimawandel, unter Dürren und Naturkatastrophen. Dennoch zeige die Viehzucht eine ermutigende Tendenz. Auch die Erzeugung von Hack- und Knollenfrüchten sowie Obst und Gemüse liefere sehr gute Ergebnisse, so Octavio. Weiterbildungsmaßnahmen finden planmäßig statt. Ein besonderes Dankeschön an die Spender/-innen von Cuba Sí überbrachte Octavio von den Mitarbeiter/-innen der Genossenschaft UBPC „Pedro A. Pérez“. Dort gibt es jetzt eine Tischlereiwerkstatt – gespendet von Cuba Sí.

Vorausblickend auf das sich anschließende Projekt in Guantánamo sagte Octavio: „Der Schwerpunkt wird auf der Konsolidierung der Viehzucht in der Region liegen.“ Dazu sei es notwendig, die Viehbestände zu erweitern, vor allem aber bei den weiblichen Tieren die genetische Basis zu verbessern sowie die Herden zu verjüngen.

Unsere kubanischen Gäste haben uns gebeten, allen Spender/-innen von Cuba Sí ihr herzlichstes Dankeschön für die langjährige und nutzbringende Unterstützung zu übermitteln. *Miriam Näther*

Neue Aufgaben für Cuba Sí

Kuba 2017 ist nicht mehr das Kuba der „Spezialperiode“, jener Zeit, in der Cuba Sí seine Solidaritätsarbeit begonnen hat. Die Entwicklung Kubas, die Veränderungen der politischen Situation in Lateinamerika, der am 17. Dezember 2014 begonnene Prozess der Verbesserung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA und letztlich auch das darauf erfolgte Einlenken der Europäischen Union in der Kubafrage – all dies hat Auswirkungen auf die Arbeit der Solidaritätsgruppen. Cuba Sí hat deshalb im Oktober 2016 ein Strategiepapier zur Neuausrichtung seiner Solidaritätsarbeit beschlossen. Die grundsätzliche Frage für uns lautet: Wie können wir in der jetzigen und der jeweils aktuellen Situation Kuba am wirkungsvollsten unterstützen, hier von Deutschland aus und auch in Kuba?

Wir helfen Kuba, damit sich das Land als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus behaupten, weiterentwickeln und seine Vorstellungen einer eigenständigen Entwicklung und eines sozialistischen Gesellschaftsmodells umsetzen kann. Solidarität mit dem sozialistischen Kuba bedeutet für Cuba Sí darüber hinaus auch Solidarität mit fortschrittlichen Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika, im globalen Süden und in der ganzen Welt. Unter Beibehaltung unserer materiellen Solidaritätsarbeit werden wir künftig der politischen Arbeit größere Aufmerksamkeit widmen.

● Weiterführung unserer materiellen Hilfe

Wir werden unsere Landwirtschaftsprojekte und unsere Kulturprojekte in Kuba mit den Kampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben“ fortsetzen. Wir werden zudem auch weiterhin dringend benötigte Sachspenden zusammentragen und den Transport auf die Insel organisieren.

Unsere materielle Solidaritätsarbeit wird sich dabei immer an den aktuellen Bedürfnissen Kubas ausrichten.

● Politische Arbeit in der Bundesrepublik

Unsere Schwerpunktthemen bleiben der Kampf gegen die US-Blockade und für die Rückgabe des Militärstützpunktes Guantánamo, die Beendigung der subversiven Aktivitäten gegen Kuba, die Schließung von Propagandasendern, die Beendigung aller Abwerbeprogramme für kubanische Fachleute sowie die Entschädigungen für die Blockade und den Staatsterrorismus gegen Kuba.

Dazu ist es nötig, die Informationsarbeit und auch die politische Bildung der eigenen Mitstreiter zu intensivieren. Auch müssen wir schneller und effektiver auf aktuelle Gegebenheiten sowie auf die vielfältigen medialen Angriffe gegen Kuba reagieren. Unsere kubanischen Partner bitten uns speziell darum, weiterhin Vorträge zu halten sowie Artikel und Leserbriefe auch für kubanische Medien zu schreiben.

Für eine erfolgreiche politische Arbeit ist eine intensivere Kooperation zwischen den Cuba Sí-Regionalgruppen sowie die aktive Mitarbeit im Netzwerk Cuba e.V. unerlässlich. Wir werden zudem die Kontakte zu anderen Soligruppen – in der Bundesrepublik und in Europa – ausbauen. Notwendig ist auch ein stärkeres Hineinwirken von Cuba Sí in die linke Bewegung.

In der Partei DIE LINKE wollen wir künftig noch stärker als politisch linke Kraft erlebbar sein. Cuba Sí wird den Gedanken der Solidarität, des Friedens und des Internationalismus immer wieder in den Beschlüssen, in der Programmatik, in den Wahlprogrammen und im Handeln der Partei verankern und

festigen, insbesondere im Wahljahr 2017. So tritt Cuba Sí z. B. dafür ein, dass sich DIE LINKE nicht an Regierungen beteiligt, die die Bundesrepublik Deutschland in Kriege führen und Bundeswehrein-sätze im Ausland befürworten oder fortsetzen.

● Politische Arbeit in Kuba

Unsere kubanischen Partner schätzen ein, dass sich Kuba seit dem 17. Dezember 2014 in einer Situation verstärkter ideologischer Angriffe befindet. Sie bitten uns deshalb, Projekte und Institutionen in Kuba zu unterstützen, die eine intensive politische Arbeit für die kubanische Revolution, für den Erhalt der Errungenschaften der Revolution und für die Information der jungen Generation in Kuba leisten. Eine solche Unterstützung könnte z. B. technisches Equipment für den Medienbereich sein, um den Verbreitungsgrad von Informationen zu erhöhen. Bei der Auswahl der Institutionen werden wir dem Rat unserer kubanischen Partner folgen.

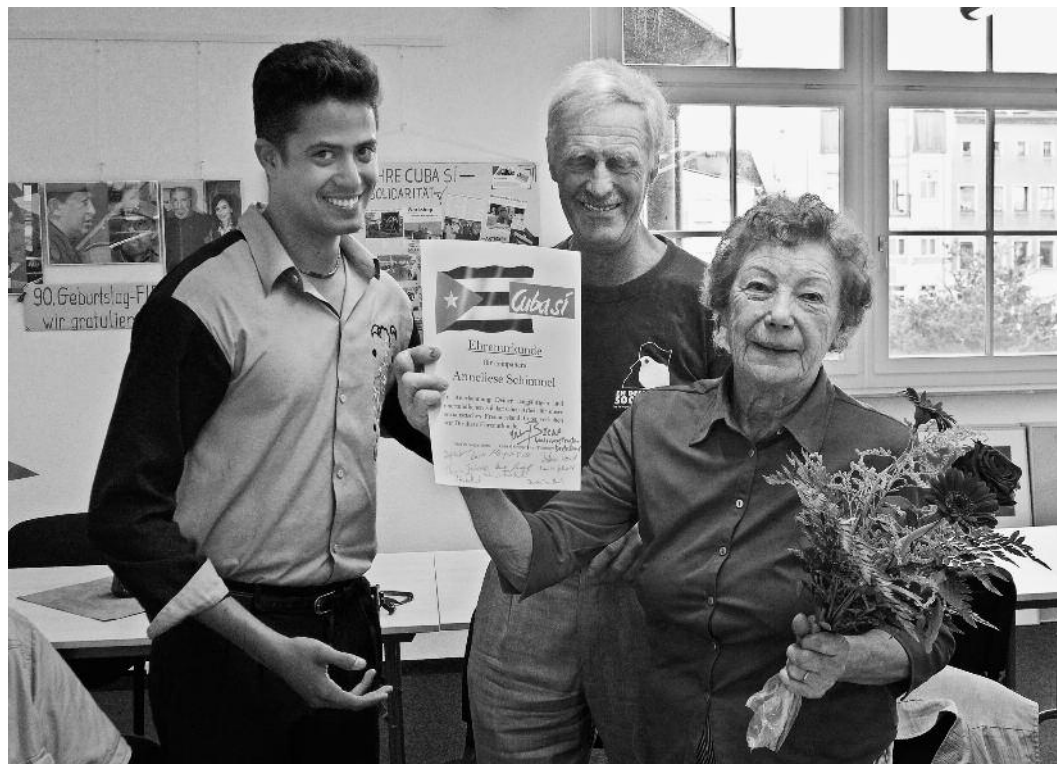
Unsere Aufenthalte in Kuba werden wir in Absprache mit der kubanischen Seite auch für die politische Arbeit nutzen. So werden wir z. B. Vorträge und Präsentationen erarbeiten, die vor allem jungen Kubaner/-innen die politische und soziale Situation in Deutschland und der EU erläutern.

● Nachwuchsarbeit

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft ist die Gewinnung neuer Mitstreiter/-innen, vor allem aus der jüngeren Generation sowie in den westlichen Bundesländern. Auch müssen wir aktiv daran arbeiten, neue Spender/-innen zu gewinnen, um unsere Projekte erfolgreich fortzusetzen. Dafür ist es notwendig, alle Aktivitäten und auch die Öffentlichkeitsarbeit diesen Zielgruppen entsprechend zu planen. Und wir müssen in allen Cuba Sí-Gruppen den Mut haben, unsere eigenen „Nachfolger im Amt“ langfristig aufzubauen und ihnen Verantwortung zu übertragen.

Cuba Sí

Dank für die geleistete Arbeit



Die Cuba Sí-Regionalgruppe Gera bedankte sich bei ihrer Aktivistin Anneliese Schimmel für ihre langjährige aktive Solidaritätsarbeit für Kuba. Die Ehrenurkunde überreichten Yodier Cabrera Rosales vom kubanischen Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) und Dietmar Rausch von Cuba Sí Gera. Yodier Ca-

brera weilte im Sommer 2016 für drei Wochen in der Bundesrepublik, um sich über die Arbeit der Solibewegung zu informieren. Compañera Anneliese überraschte ihre Gruppe an diesem Tag noch mit einer Spende von 1 000 Euro für die Weiterführung der Solidaritätsarbeit von Cuba Sí. *Sirko Matz*

Kuba-Stammtisch

Seit dem Sommer 2016 dieses Jahres gibt es in Magdeburg einen Kuba-Stammtisch – gegründet von den Cuba Sí-Mitstreiter/-innen und der Gruppe „EcoMujeres“.

Ziel dieses Treffpunktes für Kuba-Freunde ist es, der mitunter sehr einseitigen Berichterstattung über das sozialistische Land in den hiesigen Medien etwas entgegenzusetzen und falsche Behauptungen richtigzustellen. Und wir wollen über Kuba informieren und über unsere Solidaritätsarbeit berichten. Ein wichtiges Anliegen unseres Stammtisches ist es letztendlich auch, neue Mitstreiter/-innen für die Kuba-Solidaritätsarbeit zu gewinnen.

Einmal im Monat laden wir alle Kuba-Freunde, Interessierte und Neugierige zu unserem Stammtisch ein. Wir wollen mit ihnen über die gegenwärtige Entwicklung Kubas und Lateinamerikas diskutieren, uns über touristische Erfahrungen austauschen, kubanische Filme schauen, Vorträge zur aktuellen Situation bzw. zu unseren Solidaritätsprojekten in Kuba organisieren oder einfach nur über Kuba plaudern – und natürlich auch mal feiern.

Das Interesse an Kuba ist gegenwärtig groß. Das zeigte uns das gut besuchte Stammtischtreffen im November 2016 im Alten Rathaus. Wir hörten einen Vortrag zu den Beziehungen zwischen Kuba und den USA in Vergangenheit und Gegenwart, an den sich eine angeregte Diskussion anschloss.

Als Schirmherren für unseren Stammtisch konnten wir den Geschäftsstellenleiter der Fraktion im Stadtrat „DIE LINKE. future! Die junge Alternative“, Oliver Müller, gewinnen. *Heidrun Schoenberger*

Cuba Sí Chemnitz feiert



Unsere Cuba Sí-Regionalgruppe hier in Chemnitz konnte 2016 ihren 25. Geburtstag feiern. Dieses Jubiläum haben wir zum Anlass genommen, auf die Höhepunkte der geleisteten Solidaritätsarbeit zurückzuschauen und uns auch über künftige Aufgaben zu verständigen. Im Jahr 1991 gründeten Kuba-freunde und Genossen der PDS unter Leitung von Eberhard Arnold unsere Regionalgruppe.

1994 beteiligten wir uns an der europaweiten Solidaritätskarawane für Kuba: Ein Ikarus-Bus, ein LKW W50 und ein Kleintransporter B1000, vollbeladen mit Sachspenden und 10 000 DM Geldspenden, gingen damals auf die Reise nach Kuba.

1. September 2016: Die Chemnitzer Cuba Sí-Gruppe beteiligte sich an einer Aktion mehrerer Organisationen zum Weltfriedenstag.

Von 1998 bis 2011 leitete Eberhard Lehmann die Gruppe, und 2012 übernahm Lutz Naumann diese Aufgabe. Immer hat es eine gute Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand der Partei gegeben.

Ziel unserer Arbeit war und ist die Vermittlung von korrekten Informationen über Kuba sowie das Wachhalten des Solidaritätsgedankens in der Bevölkerung. Durch unsere Infostände, z. B. am 1. Mai, zur interkulturellen Filmwoche, zu Vorträgen, Aus-

stellungen, Liedernachmittagen oder bei Buchlesungen erreichen wir viele Menschen. Durch Unterschriftensammlungen und Protestbriefe an den US-Präsidenten und viele Aktionen im Stadtzentrum mit Transparenten und Musik leisteten wir unseren Beitrag zur Freilassung der „Cuban Five“.

Cuba Sí Chemnitz hat in den 25 Jahren insbesondere die Milchprojekte in Sancti Spiritus, Nazareno, Zenea und Yateras unterstützt. Mit unserer Hilfe konnten z. B. 25 Biogasanlagen errichtet, Häuser und Ställe neu gebaut oder saniert, elektrische Weidezäune auf Solarbasis aufgebaut und 100 Solarhandlampen zur Verfügung gestellt werden.

In Zusammenarbeit mit „Amado-Reisen“ in Chemnitz konnten wir zehn Solidaritätsreisen nach Kuba organisieren. Das waren unvergessliche Erlebnisse, freundschaftliche Begegnungen und politische Gespräche mit Menschen, die ihre Lebenslust trotz vieler Entbehrungen nicht verloren haben. All das verleiht uns neue Kraft für die Solidaritätsarbeit.

Mehrmals konnten wir in Chemnitz kubanische Gäste aus den Cuba Sí-Milchprojekten begrüßen. Für sie organisierten wir Besuche in Landwirtschaftsbetrieben, so z. B. eine Besichtigung der Biogasanlage der Agrargenossenschaft „Lungwitztal“ und der Milchviehanlage in Bernsdorf.

Auch die Sammlung von Sachspenden ist ein wichtiger Teil unserer Solidaritätsarbeit. Über 2 000 Kisten mit wertvollen Materialien für die Projekte in Kuba haben wir schon zum Spendenlager nach Berlin gebracht, wo die Container gepackt werden.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Kuba auch künftig seinen sozialistischen Weg weitergehen und allen Angriffen auf seine Unabhängigkeit und Souveränität widerstehen wird. Die Mitstreiter/-innen von Cuba Sí Chemnitz werden auch weiterhin das sozialistische Kuba mit Herz, Verstand und Tatkraft unterstützen.

Prof. Edith Rasche

Vierte Archivbrigade in Sancti Spiritus



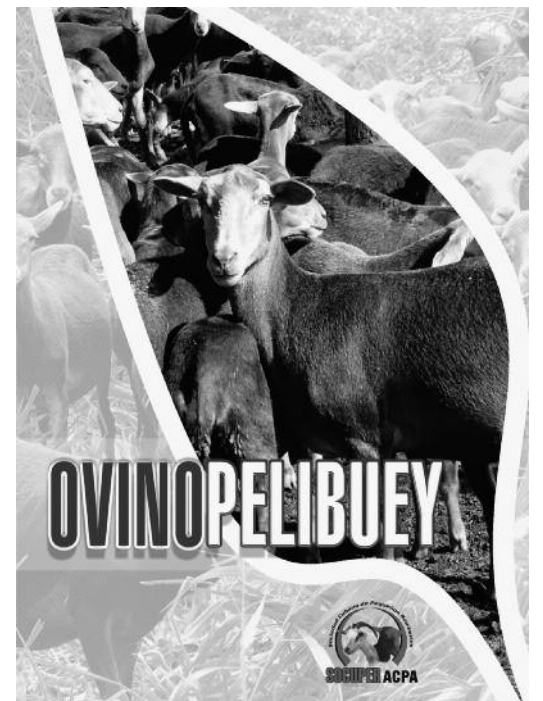
Schon zum vierten Mal reiste eine Studentenbrigade der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) nach Kuba, um im Archiv der Provinz Sancti Spiritus bei der Digitalisierung zu helfen. Zehn Studenten der Fachrichtungen Museumsmanagement und -kommunikation sowie Museumskunde nahmen im September 2016 an dieser Solidaritätsreise teil. In den vier Jahren dieses gemeinsamen Projek-

tes der HTW und Cuba Sí ist es gelungen, mehrere Tausend Digitalisate von historischen Zeitungen, Dokumenten und Stadtplänen anzufertigen. Das Provinzarchiv ist heute führend bei der Digitalisierung von Kulturgut in Kuba. So konnten die Möglichkeiten der digitalen Archivnutzung in Kuba und auch der kommerzielle Zugriff aus dem Ausland erweitert werden.

Prof. Oliver Rump

Neues Lehrbuch

Auch in diesem Jahr erscheint mit Unterstützung von Cuba Sí ein neues Lehrbuch für die kubanische Landwirtschaft, diesmal zum Thema Schafzucht. Diese Lehrbücher werden von Spezialisten unserer Partnerorganisation ACPA erarbeitet, und Cuba Sí finanziert die Herstellung. Wir unterstützen damit die Weiterbildung in den Betrieben, bei Genossenschaften und Einzelproduzenten.



Freunde in Belgien: die „Iniciativa Cuba Socialista“ (ICS)

Gespräch mit Isabelle Vanbrabant, der Vorsitzenden der belgischen Solidaritätsorganisation „Iniciativa Cuba Socialista“. Wir trafen Isabelle im September 2016 auf dem linken Volksfest „Manifiesta“ in Bredene aan Zee.

● **Cuba Sí ist, so kann man fast schon sagen, Stammgast auf der „Manifiesta“. Und jedes Jahr sind wir begeistert, wie viele junge Leute an diesem linken Volksfest teilnehmen und sich auch im Kuba-Zelt „Che presente“ engagieren ...**

Die ICS hat junge, aber auch ältere Mitglieder, es ist ein guter Mix. Aber ein solches Event wie die „Manifiesta“ mit diesem riesigen Angebot von Musik und den vielen, vielen Aktionen ist natürlich etwas Besonderes für junge Leute. Wir achten schon darauf, dass wir bei unseren Aktivitäten immer auch Angebote für die Jugend haben. Wir organisieren z. B. nicht nur eine Konferenz, sondern bieten dazu auch ein Konzert an. Auch einige Kuba-Reisen, die wir organisieren, sind bis hin zum Preis auf junge Leute zugeschnitten, deren Reisekasse ist ja nicht so prall gefüllt. In der Leitung der ICS arbeiten auch Ältere, da bin ich die Jüngste.

● **Seit wann gibt es die ICS, und wie viele Mitglieder habt Ihr?**

Die ICS hat derzeit 800 zahlende Mitglieder. Davon sind aber nicht alle aktiv. Manche haben zu wenig Zeit, um an Veranstaltungen teilzunehmen, und können uns „nur“ finanziell unterstützen. Unsere Organisation gibt es – wie Euch, Cuba Sí – seit 25 Jahren. Zusammengefunden haben sich die Gründer damals nur, um ein Kuba-Fest zu organisieren. Dieses Fest war sehr gut gelungen, und man beschloss, als Organisation weiterzuarbeiten.

Die ICS ist heute in ganz Belgien aktiv. Es gibt aber mehr aktive Mitstreiter im flämischsprachigen Teil. Von unseren neun lokalen Gruppen sind nur zwei im französischsprachigen Teil ansässig.

● **Was sind die Schwerpunkte Eurer Arbeit?**

Zuerst einmal machen wir eine umfangreiche Informationsarbeit. Wir übersetzen viele Texte aus dem Spanischen in unsere Sprachen und veröffentlichen dann das Material. Im Oktober 2017 wollen wir die europäischen Soligruppen zu einer gemeinsamen Aktion in Brüssel gegen die US-Blockade und gegen die Anwendung der Blockadegesetze in Drittstaaten einladen. Außerdem organisieren wir Kampagnen, Konferenzen und bieten Reisen nach Kuba zu verschiedenen Themen an.

In Kuba haben wir seit rund einem Jahr eine Partnerorganisation, die im ökologischen Bereich tätig ist. Diese Organisation unterstützen wir mit finanziellen Spenden. Die Projektorte sind Havanna und der ländliche Raum um Viñales. Wir stehen im engen Kontakt zu unserem kubanischen Partner und organisieren dort auch Arbeitseinsätze.

Unsere Reisen hatte ich ja schon kurz erwähnt. 2016 haben wir sechs Solidaritätsreisen zu unterschiedlichen Themen mit jeweils 20 Teilnehmern organisiert: für junge Leute, die freiwillige Arbeit in Kuba leisten wollten, aber auch z. B. für Gewerkschafter. Eine Reise war speziell für Juristen, die sich über das kubanische Rechtssystem informieren wollten. Vor allem junge Leute, denen diese Reisen gefallen haben, engagieren sich danach in der ICS oder bei der Vorbereitung der „Manifiesta“.

● **Das Organisieren Eures Kuba-Zeltes auf der „Manifiesta“ ist harte Arbeit ...**

Richtig, aber es gelingt uns, immer viele junge Leute – Mitglieder, Freiwillige, Sympathisanten – zu mobilisieren, um nochmal auf Deine Eingangsfrage zurückzukommen. Wir arbeiten bei der Vorbereitung auch eng zusammen mit den Jugendorganisationen der Partei der Arbeit (PVDA). In diesem Jahr haben wir es geschafft, Aleida Guevara nach Belgien auf die „Manifiesta“ zu holen. Dieser Name zieht natürlich auch junge Leute an. Und es hat sich eben auch herumgesprochen, dass die „Manifiesta“ einfach Spaß macht.

Die Fragen stellten

Steffen Niese und Jörg Rückmann.



Trotz ihres dichtgedrängten Zeitplanes während der „Manifiesta“ stellte sich die Vorsitzende der ICS, Isabelle Vanbrabant, den Fragen von Steffen Niese (links) und Jörg Rückmann von Cuba Sí.



Nachgefragt bei:

Ralph-Uwe Zimmer (57), „Computer nach Kuba“

● **Der Name Eures Projektes verrät schon, was Ihr macht ...**

Genau. Es läuft so: Wir bekommen Computer, Bildschirme, Drucker, Festplatten u. a. als Spenden. Oft sind die Geräte nur drei oder vier Jahre alt. Sie wurden von Betrieben, Institutionen oder von Privatpersonen ausgesondert, könnten aber noch gute Dienste leisten. Wir überprüfen alle Geräte, rüsten sie auf, reparieren sie, wenn nötig, und machen sie einsatzbereit für die kubanischen Betriebe, Institutionen und Partner. Die Computer werden z. B. mit dem in Kuba entwickelten Betriebssystem „Nova“ ausgestattet, einer Software-Distribution auf Basis von GNU/Linux.

● **Wer steckt hinter dem Projekt?**

„Computer nach Kuba“ ist ein Gemeinschaftsprojekt von Cuba Sí und der Kommunistischen Plattform in der Partei DIE LINKE. Auch mit dem Verein „KarEn“ arbeiten wir zusammen (www.karen-berlin.de).

● **Wie lange bist Du schon dabei?**

Nach meiner ersten Kuba-Reise im Jahr 1993 habe ich begonnen, mich für Kuba zu engagieren. Auf dieser politisch-touristischen Reise konnte ich das erste Milchprojekt von Cuba Sí in Valle del Perú besuchen und habe auch viele interessante Persönlichkeiten kennengelernt, z. B. Heinz Langer, den ehemaligen Botschafter der DDR in Kuba. So bin ich bei Cuba Sí gelandet und habe mich ab dem Jahr 2000 insbesondere für das Projekt „Computer nach Kuba“ engagiert.

● **Wie viele Leute machen bei diesem Projekt mit, und wie viele Geräte könnt Ihr pro Jahr nach Kuba schicken?**

Wir sind rund zehn Mitstreiter, die in unserer Werkstatt in Berlin-Hohenschönhausen rund 100 Geräte pro Jahr fertigstellen und für den Containertransport verpacken. Ich selbst bin hauptsächlich für logistische Fragen zuständig.

● **Was muss man beachten, wenn man Computertechnik spenden möchte?**

Die technischen Anforderungen ändern sich ständig und somit auch die Anforderungen in Kuba. Deshalb sollte man uns vor einer Spende unbedingt kontaktieren (kpf@die-linke.de oder berlin@cuba-si.org).

Ehrendes Gedenken an Fidel vor dem Bundeskanzleramt



Das Bundeskanzleramt – ein ungewöhnlicher Ort für eine Kuba-Kundgebung. Am 4. Dezember 2016, dem Tag der Beisetzung Fidel Castros, hatten sich rund einhundert Kubafreunde vor dem Amtssitz von Frau Merkel zusammengefunden. Überall auf der Welt gab es Gedenkveranstaltungen für Fidel, manche Länder ehrten ihn sogar mit einer Staatstrauer. Nur die deutsche Bundesregierung hatte nicht den Anstand, der kubanischen Regierung, dem kubanischen Volk und den Angehörigen Fidels eine würdevolle Beileidsbekundung auszusprechen. Darauf

wollten wir mit unserer Trauerkundgebung vor dem Kanzleramt aufmerksam machen.

Mit Kubafahnen, den Symbolen der „Bewegung 26. Juli“, mit Fotos des Comandante en jefe zeigten die Mitstreiter der verschiedenen Solidaritätsgruppen ihre Anteilnahme für den großen Revolutionär, Internationalisten und langjährigen Präsidenten der Republik Kuba. Mit dieser Aktion demonstrierten wir zugleich die Geschlossenheit der Solidaritätsbewegung und den Willen, die Solidarität mit dem sozialistischen Kuba fortzusetzen.

Was sonst noch geschah

- Der Berliner Stadtteilladen „Zielona Góra“ und Cuba Sí hatten am 13. August zu einer Geburtstagsfeier für Fidel Castro eingeladen. Mit dabei war auch der Schauspieler Rolf Becker, der Fidels berühmte Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ vortrug.
- Am 17. September beteiligten sich zahlreiche Mitstreiter von Cuba Sí an der bundesweiten Demonstration gegen TTIP und CETA in Berlin.
- Wie schon in den vergangenen Jahren war Cuba Sí zu Gast auf der „Manifiesta“ in Belgien (16.–18. September). Wir zeigten unsere Ausstellung „25 Jahre Cuba Sí“, und unser Mitstreiter Tobi präsentierte ein Programm lateinamerikanischer und eigener Songs.
- Der kubanische Arzt Dr. Graciliano Díaz Bártolo, Mitglied der Ärztebrigade „Henry Reeve“ und Leiter einer kubanischen Ärztebrigade in Afrika während der Ebola-Epidemie, absolvierte im September auf Einladung der Kuba-Solidaritätsbewegung eine Vortragsreise durch Deutschland.
- Am 27. Oktober fand in Berlin eine Kuba-Konferenz der Partei DIE LINKE statt. Gäste aus Kuba waren die Journalisten Iroel Sánchez (Blogger) und Yailín Orta Rivera (Juventud Rebelde).
- Vom 18. bis 20. November trafen sich die europäischen Kuba-Solidaritätsgruppen zu ihrem XVII. Europatreffen der Kuba-Solidarität in Stockholm, Schweden.

Vorschau

- Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg: 5./6. Juli: Alternativgipfel, 7. Juli: Aktionen des zivilen Ungehorsams, 8. Juli: bundesweite Großdemonstration. Daneben wird es die ganze Woche lang ein Camp, Konzerte und vieles andere mehr geben. Cuba Sí wird dabei sein. **Infos:** www.g20hamburg.org/de
- Juni/Juli: 47. Europäische Brigade „José Martí“: Kuba kennenlernen und Freundschaften mit Gleichgesinnten aus aller Welt schließen! Veranstalter ist das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) und die Freundschaftsgesellschaft BRD–Kuba e.V. Ein Vorbereitungstreffen ist für Mitte Juni geplant. **Infos:** <https://goo.gl/KjTVMa>
- Das ICAP ruft die Kubafreunde zur Teilnahme an der Internationalen Brigade „Auf den Wegen des Che“ (1.–15. Oktober) auf. Gemeinsam wollen wir das Erbe des Che in Kuba kennenlernen und die Solidarität mit der kubanischen Revolution bekräftigen. **Infos** über Cuba Sí.
- Die belgische Solidaritätsorganisation „Iniciativa Cuba Socialista“ plant für Oktober 2017 in Brüssel eine gesamteuropäische Aktion gegen die US-Blockade. **Infos** www.cubanismo.net
- Cuba Sí wird wieder mit vielen Infoständen und Veranstaltungen unterwegs sein. Gern kommen wir auch zu Euch, berichten über unsere Solidaritätsprojekte und informieren über Kuba.

Fiesta de Solidaridad, 22. Juli 2017, Berlin



Diesen Termin solltet Ihr Euch schon jetzt im Kalender anstreichen: Am 22. Juli 2017 feiern wir in Berlin unsere „Fiesta de Solidaridad“. In diesem Jahr wird die Fiesta größer, bunter und vielfältiger. So wird es zum Beispiel eine zweite Bühne speziell für junge Leute geben – mit Musik, Vorträgen, Ausstellungen und Diskussionen. Außerdem haben wir auf dem großen Solitreffen in Stockholm im November 2016 (→ <https://goo.gl/qwtaKq>) die Vertreter der europäischen Kuba-Solidaritätsgruppen nach Berlin eingeladen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir einen Teil des Fiestageländes zu einem „Internationalen Dorf“ gestalten. Auf der Hauptbühne wird es wieder ein abwechslungsreiches Musik- und Diskussionsprogramm geben, und für das Konzert am Abend haben wir „Banda Bassotti“ eingeladen.

Natürlich sind uns weitere Ideen – auch unkonventionelle – immer willkommen. Auch benötigen wir für unser großes Solidaritätsfest viele fleißige Helfer – davor, dabei und danach! Jede Hand wird benötigt!

Kommt am 22. Juli nach Berlin, es lohnt sich! Bringt Eure Freunde mit – und erzählt, simst, mailt und twittert es weiter!

Impressum

Herausgeber: Cuba Sí
Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
V.i.S.d.P. und Gestaltung: Jörg Rückmann
Fotos: Archiv Cuba Sí
Druckerei: DruckZuck, Berlin

Redaktionsschluss: 20. Januar 2017
Cuba Sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030.24 009 455, -456, -457
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí:

- Berliner Sparkasse,
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC/SWIFT-Code: BELADEXXXX
Bitte Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“

Cuba Sí